

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
heute ist die letzte Sitzung im Jahr 2016. Es gehört zur guten Tradition, diese für ein paar Worte des Dankes zu nutzen: Wir danken der Verwaltung mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachämter für ihr Engagement zum Wohle unserer Stadt. Wir zählen auf ihre stets gute Zusammenarbeit. Herzlichen Dank für die Geduld, die Sie für Vorschläge und Fragen sicher manchmal aufwenden müssen.
Auch allen Ehrenamtlichen in Eschweiler, sei es in den Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Vereinen oder selbständig aktiv gebührt unser Dank.
Ihnen und Euch, verehrte Kolleginnen und Kollegen, danken wir für die weit überwiegend konstruktive Zusammenarbeit.

Diese Wirtschaft tötet

Bei der Vorbereitung der diesjährigen Haushaltsrede war die Versuchung groß auf eine der gehaltenen Reden der Vorjahre zurück zugreifen. Hat sich an der Situation im Grunde leider nicht wirklich etwas geändert.

Die Haushaltskonsolidierung soll mit dem vorliegenden Haushalt gelingen und mit einem Plus anstatt eines Minus abgeschlossen werden. War es im letzten Jahr noch durch die Turbulenzen einer Gewerbesteuerrückzahlung und einer notwendigen Drohrückstellung nicht gelungen, muss dieser Haushalt diesmal auf Verleih und Verderb sein Ziel erreichen. Ich erspare mir darauf hinzuweisen, dass eine ausreichende Finanzierung für kommunale Aufgaben erforderlich ist und stattdessen systematisch seit Jahrzehnten durch die Politik zugelassen wird, dass sich die großen Konzerne der Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben entziehen können und nur noch die Lohnabhängigen und der Mittelstand belastet werden.

Wir müssen zu einer »Rückkehr von Wirtschaft und Finanzleben zu einer Ethik zugunsten des Menschen« (EG: 241) kommen »Die Wirtschaft müsste, wie das griechische Wort oikonomía – Ökonomie – sagt, die Kunst sein, eine angemessene Verwaltung des gemeinsamen Hauses zu erreichen, ...« (EG: Ziff. 206). Eine solche Wirtschaft schließt niemanden aus dem gemeinsamen Haus aus und will das gute und gerechte Leben für alle.

Denn egal ob schwarz-gelb, rot-grün oder Große Koalition. Es sind, meine Damen und Herren, ihre Parteienvertreterinnen und –vertreter in Land, Bund und EU, die für entsprechende Gesetze verantwortlich sind. Zwar appellieren wir alle seit Jahren an den Bund und an das Land Veränderungen herbeizuführen, zum Bessern hat sich aber nichts getan. Statt gerade jetzt, kurz vor dem Superwahljahr 2017, endlich mal den Druck auf Ihre Parteifreund*innen in Berlin und Düsseldorf spürbar zu erhöhen, halten Sie ihnen weiter den Rücken frei. Wieso konnte das Land nicht den Verbundsatz für die Kommunen erhöhen? Der faule Kompromiss bei der Erbschaftsteuer möchte ich schon gar nicht erwähnen. Bei den Jubelarien, wie viel Geld nun nach Eschweiler fließt bei Maßnahmen des Landes könnte man meinen, wir leben in einer Bananenrepublik und nur durch die unermüdliche Intervention des Landtagsabgeordneten wäre dies gelungen. Gesetzliche Regelungen und deren Berechnungen kennt man wohl nicht.

Das finanzielle Ausbluten der kommunalen Ebene ist kein Zufall, sondern das hat System. Diese Beobachtungen nötigen schließlich zum vertieften Nachdenken über die folgenden Fragen: Ist der Kapitalismus die strukturelle Ausprägung einer Kultur der Habgier? Kann der Kapitalismus mit seiner Nötigung zu ständigem Wachstum weiter bestehen ohne Habgier? Oder ist es vielmehr die tief verwurzelte und gewohnheitsmäßige menschliche Gier, die diese Form von Wirtschaftsordnung hervorbringt und am Laufen hält? Ist eine Form von Kapitalismus denkbar, in welcher das Bewusstsein von kritischen Grenzen integriert ist und die dies durch strukturelle Regelungen zum Ausdruck bringt, statt nur an die individuelle Selbstbeschränkung zu appellieren? Diese Fragen weisen freilich über das begrenzte Ziel dieser Überlegungen hinaus.*

Auszug aus einem Parteiprogramm der hier vertretenen Parteien:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen (des deutschen Volkes) nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen (unseres Volkes) sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll (das deutsche Volk) eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau (unseres Volkes) dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“ – CDU: Ahlener Programm 1947, jedoch nach kurzer Zeit überarbeitet.

Dabei ist nicht die Armut das Problem, das Problem ist der Reichtum!

Reichtum wird zum Problem, wo er auf Kosten der Armen erworben wird, wo er den Armen wegnimmt oder vorenthält, was sie zum Lebensunterhalt brauchen. Dann wird der Reichtum zum Raub, zum Ausdruck von Habgier, die das elementare Gebot für den Zusammenhalt der Gemeinschaft verletzt: »Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus, Acker, Knecht, Magd, Rind, Esel noch alles, was sein ist.« (Dtn 5,21) Hier setzt die prophetische Kritik an mit ihren Wehe-Rufen über die Reichen: »Sie reißen Äcker an sich und nehmen Häuser, wie sie's gelüftet. So treiben sie Gewalt mit eines jeden Hause und mit eines jeden Erbe.« (Mi 2,2; Jes 5,4)

Das zentrale Thema beim Propheten Amos ist die Gefährdung der Kleinbauern. »Sie verlieren ihr Gut durch Pfändung, werden als Überschuldete in Schuldknechtschaft verkauft ...Die Kleinbauern werden bei Kreditgeschäften betrogen (Am 8,4-7).

Auf der anderen Seite kritisiert der Prophet die Reichen, die sich an den Armen bereichern, von anderer Leute Arbeit leben und im Luxus prassen (Am 5,11; 6,4-6). Ihnen wird Unheil und Untergang angedroht (9,9f.).« Die kritischen Reden der Propheten Amos, Micha, Jesaja und Jeremia »betreffen Land- und Freiheitsverlust durch die auf der Geld- und Eigentumsordnung beruhenden Verschuldungsmechanismen, und sie betreffen die Ausbeutung der Arbeitenden – all dies im Dienst der Gier, Geld und Eigentum zu akkumulieren« (ebd.: 58). Im Sinne dieser prophetischen Kritik ist in der Tat der Reichtum das Problem.

Im alttestamentlichen Buch Jesus Sirach (34,26.27): »Den Nächsten mordet, wer ihm den Unterhalt nimmt, Blut vergießt, wer dem Arbeiter den Lohn vorenthält.«

Jesus pflegte nicht die Solidarität mit den Eliten seiner Zeit, sondern mit den einfachen Menschen. Er hielt sich zu denen, die Unterdrückung und Marginalisierung erfahren, den Kranken, den sozial Verachteten, Frauen, Kindern und der arbeitenden Bevölkerung wie Fischer und Bauern.

Nicht unerheblich ist auch, dass Jesus selbst als ungelernter Bauarbeiter aufgewachsen ist, in einem Milieu, das ihn in enge Verbindung mit den vielen Arbeitslosen seiner Zeit gebracht haben muss. Wahrscheinlich hat er auch selbst Arbeitslosigkeit erfahren, da Bauarbeit in dieser Zeit stark von den fluktuierenden Bedürfnissen des Römischen Reichs und seiner Vasallen bestimmt war. Dieser Jesus hat »am Leben und an den Kämpfen jener Menschen, die von Strukturen und Kulturen schwach und verwundbar gemacht werden«, teilgenommen (ÖL: 206).

Jesus, das sollte besonders auch in Deutschland gesagt werden, vertritt nicht die Macht des gutsituierten Bürgertums, auch nicht des Bildungsbürgertums.

»Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen«. Diese Wirtschaft tötet. Es ist unglaublich, dass es kein Aufsehen erregt, wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine Baisse um zwei Punkte in der Börse Schlagzeilen macht. Das ist Ausschließung.« (EG: 238f.)

»Daher bemühen wir uns um die Überwindung des Kapitalismus« und »Wir bekennen, dass die entscheidende Wahl, vor die uns Jesus stellt, die Wahl zwischen Gott und Mammon ist (Mt 6,24).« (São-Paulo-Erklärung 2012: 233)

Komme ich jetzt auf den vorliegenden Haushalt zu sprechen und lasse noch einmal die Beratungen im November passieren.

Die Änderungsvorschläge waren in der Summe insgesamt Bescheiden und inwieweit da noch von kommunaler Selbstverwaltung gesprochen werden kann, darf sich jeder selbst beantworten.

Eine der wichtigsten Aufgaben Eschweiler Kommunalpolitik wird auf absehbare Zeit auch noch bleiben, die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum. Bei allen Schwierigkeiten, Grundstücke und Investoren bzw.

Wohnungsbaugesellschaften zu finden, sind wir froh, das im vorliegenden Haushalt finanzielle Mittel für die Wohnungsbauförderung weiter eingestellt werden, jedoch für die Aufgaben viel zu wenig. Wir sollten dahin kommen, das die Stadt selbst ausreichend Wohnraum vorhält.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem wir diesem Thema nicht im direkten Gespräch oder beim Aufschlagen der Tageszeitung begegnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur die Menschen, die eine für sie passende Wohnung haben, benötigen unsere Stimme, sondern gerade auch die, die eine Wohnung suchen. Denn auch sie möchten in Eschweiler ihren Lebensmittelpunkt behalten. Denken wir daran, dass die Suche nach einer Wohnung auch die trifft, die in Eschweiler in den Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Vereinen wichtige Aufgaben übernehmen. Es trifft auch die, die hier im Einzelhandel, im Handwerk, in unseren Kindergärten und den ortsansässigen Betrieben tätig sind.

Und auch bei diesem Personenkreis geht es regelmäßig um den sogenannten „Ottonormalverbraucher“, der jahrzehntelang gearbeitet hat, und durch einen Schicksalsschlag plötzlich und unerwartet nicht mehr über die erforderlichen finanziellen Möglichkeiten verfügt. Das sogenannte „schlüssige Konzept“ eines Mietspiegels in der Städteregion macht es so gut wie unmöglich für eine Person, die im Leistungsbezug steht, eine angemessene Wohnung zu finden. Für Familien ist es auch nicht viel leichter.

In Deutschland wurde der soziale Wohnungsbau praktisch eingestellt – in Wien hat man munter weiter gebaut. Die Devise: nicht nur günstig, sondern gut. Statt die Stadt sich selbst und profit-orientierten Investoren zu überlassen, gestaltet man sie lieber selber, mit Hilfe von Bauträger-Wettbewerben. Wohnungsbaugesellschaften oder Genossenschaften bewerben sich zusammen mit einem Architekturbüro; eine unabhängige Jury, deren Mitglieder alle paar Jahre ausgetauscht werden, entscheidet. Das Wiener Modell lässt sich nicht eins zu eins übertragen. Als Inspiration aber taugt es vortrefflich. Langfristig hat die Stadt, neben bezahlbarem Wohnraum, auch verlässliche Einnahmen.

Erfreut können wir feststellen, dass unsere Anregung hinsichtlich eines Mobilitätskonzeptes für Eschweiler aufgegriffen wurde und entsprechend Mittel in den Haushalt eingestellt wurden.

Der Zeitpunkt könnte übrigens nicht besser gewählt sein: Denn 2017 ist der 200. Geburtstag des Fahrrades. Also ein guter Moment, um dem Radverkehr in Eschweiler noch etwas Vorschub zu verleihen. Es geht nicht darum die eine Gruppe, speziell Autofahrer gehen die Fahrradfahrer auszuspielen, sondern für alle eine lebenswerte Stadt zu schaffen. Dies beinhaltet auch den Individualverkehr einzuschränken, gleichzeitig muss aber ein entsprechendes Angebot dagegen gehalten werden wie gut ausgebaute Fahrradwege und ein gut getakter ÖPNV zu bezahlbarem Preis, langfristig zu einem Fahrscheinlosen ÖPNV. Einzelmaßnahmen, zu ergreifen. Um Zeichen zusetzen sind da nicht hilfreich, vor allem wenn ich mir nicht bewusst bin wohin ich überhaupt möchte sollten auf solche Vorschläge verzichtet werden, sie bleiben dann nur Flickschusterei.

Eines der drängendsten Probleme in unserer Stadt ist das Thema Armut. In den Diskussionen um die städtische Finanzplanung kommt dies wiederum bestenfalls am Rande vor. Die Agenda 2010-Gesetzgebung hat eine Umverteilung eingeleitet, die ohnegleichen ist. Armut per Gesetz und die Menschen sind der dauernden Gesetzesbeugung ausgesetzt. Immer mehr obliegt es den Kommunen, das zunehmend steigende Armutsrisiko aufzufangen, häufig ohne Unterstützung vom Land oder Bund. Ohne eine sozial gerechte Steuerreform auf Bundesebene wird sich daran wohl auch nichts ändern. Dabei ist die Bekämpfung von Armut in allen ihren Ausprägungen nicht zuletzt auch eine Aufgabe auf kommunaler Ebene. Ganz zu schweigen davon, wie viele Menschen auf Mittel verzichten, die ihnen zustehen zur Grundsicherung. Nach allgemeinen Erhebungen verzichten 2/3, bezogen auf tatsächlich gestellte Anträge, auf mögliche Unterstützung sei es Wohngeld, Grundsicherung im Alter oder andere Maßnahmen. Dabei braucht nur ein Antrag mit Namen und Anschrift zur Überprüfung auf Grundsicherung gestellt werden, den jede Dienststelle annehmen muss und entsprechend weiter zu leiten hat. Wenn jedoch schon die finanzielle Unterstützung von Organisationen zur allgemeinen sozialen Beratung nicht möglich ist wie soll dann eine solche Unterstützung für Menschen in der Grundsicherung erfolgen können ohne finanzielle Ausstattung der Kommune.

Habe ich Anfangs meiner Rede darauf hingewiesen der Versuchung zu erliegen eine der voran gehaltenen Reden einfach aufzugreifen, so stelle ich jetzt fest, das die Zeit viel zu kurz ist alle Themen und Probleme ausreichend und vertiefend zu behandeln.

So muss ich auf eine ausführliche Kritik an dem sogenannten Strukturkonzept der Städtereion, die nicht mehr ist als billige und schlechte Taschenspielertricks, verzichten. Auch wenn es angebracht wäre muss ich auf den Wunsch der Sozialdemokraten verzichten Euch rechts und links eine zu watscheln.

Was die Menschen von Ihrer Kommune, ihren Vertretern im Rat, erwarten ist eine verlässliche Kinderbetreuung, gute Schulen, eine funktionierende öffentliche Verwaltung, attraktive Kultur- oder Sporteinrichtungen, eine moderne Infrastruktur, In einem der reichsten Länder sollte ein solches Angebot selbstverständlich sein.

Arme Kommunen können sich nur Reiche leisten.

Wägen wir jetzt das Für und Wider des Haushaltes ab, so sehen wir die Bemühungen der Verwaltung unter der gegebenen Verhältnissen das Bestmögliche zu gestalten. Von der politischen Seite jedoch nicht annähernd ausgeschöpft und insbesondere die Betonung wessen Haushalt es sei lässt uns keine Zustimmung zum Haushalt zu, jedoch ihn entschieden abzulehnen genauso. Wir sehen die Bemühungen und werden diesen Haushalt durch Enthaltung passieren lassen.

So sind wir überzeugt, das der Kapitalismus überwunden werden wird und muss.

Wie es auch der Ökumenische Weltrat und der Papst sehen. Anstatt vor einem Sparkommissar zu zittern müssen wir mutig die Missstände benennen. Nächstes Jahr feiern wir 500 Jahre Reformation. Wo wären wir ohne Martin Luther und vor allem einem Thomas Müntzer, Jan Hus oder Jakob Hutter?

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Albert Borchardt,

Fraktionsvorsitzender

Dienstag, 13. Dezember 2016

Quellenangabe:

EG – Apostolisches Schreiben EVANGELII GAUDIUM des heiligen Vaters Papst Franziskus

Die Bibel

„Diese Wirtschaft tötet“ Kirchen gemeinsam gegen Kapitalismus; Hrsg. Franz Segbers, Simon Wiesgickl